

Der Vollzugsdienst

2/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Tagung des Bundeshauptvorstandes 2019 im Schloss Eckberg in Dresden

Ausscheidende Landesvorsitzende geehrt

Seite 1

Belastungsgrenze im saarl. Strafvollzug ist in bedrohlicher Form überschritten

Markus Wollscheid als Landesvorsitzender wiedergewählt

Seite 64

Geschichtliches über alte Standorte von Gefängnissen in Sachsen-Anhalt

Justizvollzugsanstalt Dessau (1886 - 1990)

Seite 73



Viele BSBD Mitglieder beteiligten sich an zahlreichen bundesweiten Warnstreiks und Demonstrationen

Foto: BSBD NRW



BADEN-WÜRTTEMBERG



HAMBURG



HESSEN

INHALT



BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1** Tagung des Bundeshauptvorstandes 2019
im Schloss Eckberg in Dresden –
Ausscheidende Landesvorsitzende
geehrt
- 3** Hinter den Kulissen –
Die Tarifverhandlungen 2019
sind abgeschlossen –
Die wichtigsten Ergebnisse

LANDESVERBÄNDE

- 5** Baden-Württemberg
- 19** Bayern
- 21** Berlin
- 25** Brandenburg
- 28** Bremen
- 29** Hamburg
- 34** Hessen
- 40** Mecklenburg-Vorpommern
- 42** Niedersachsen
- 45** Nordrhein-Westfalen
- 59** Rheinland-Pfalz
- 63** Saarland
- 67** Sachsen
- 68** Sachsen-Anhalt
- 75** Schleswig-Holstein
- 79** Thüringen
- 67** Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundeschäftsvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundeschäftsvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundeschäftsvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundeschäftsvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundeschäftsvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundeschäftsvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 3/2019:

18. Juni 2019



Einkommensrunde 2019 aus Berliner Sicht

Wie kann die Attraktivität des öffentlichen Dienstes gesteigert werden?

„Das Volumen des Tarifabschlusses muss zeit- und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten in Berlin übertragen werden – also zum 1. Januar 2019“, forderte dbb Landeschef Frank Becker, nach Abschluss der Tarifverhandlungen, anlässlich der aktuellen Debatte im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Wenn das Abgeordnetenhaus ernsthaft eine Angleichung an die Besoldung der anderen Bundesländer im Sinn hat, dann ist es unerlässlich, das Tarifergebnis bereits zum 1. Januar 2019 auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Mit Stand von Anfang März haben 10 von 15 Bundesländern (Hessen nicht mitgerechnet, da dort eigene Tarifverhandlungen durchgeführt werden) öffentlich erklärt, das Tarifergebnis für ihre Beamtinnen und Beamten zum 1. Januar 2019 zu übertragen – Brandenburg will zum Tarifergebnis noch einmal 0,5 % und Rheinland-Pfalz 2 % auf das Tarifergebnis aufschlagen (Berlin plant zusätzlich einen Aufschlag von 1,1 %).

Wahlgeschenk in 2021

Für den BSBD Berlin steht fest: Wenn das Land Berlin – wie offensichtlich derzeit geplant, die Übertragung des Tarifergebnisses erst zum 1. April 2019 vornehmen will, dann kann das Se-

natsziel (Angleichung an die Bundesbesoldung im Jahre 2021) nicht mehr erreicht werden. Außer, es wird im Wahljahr 2021 noch einmal eine „deutliche Schippe draufgelegt“, sozusagen als Wahlgeschenk!

Daher muss es jetzt den ernsthaften Willen geben, die Beamtinnen und Beamten an den finanziellen Verbesserungen zu beteiligen. Nach dem Ergebnis der Tarifrunde am 2. März 2019 in Potsdam war allen bewusst, dass die Einkommensrunde noch lange nicht vorbei ist. Aus vielen Landeshauptstädten fehlt zuerst ein klares Bekenntnis, das in Potsdam ausgehandelte Volumen von insgesamt 8 % zeitgleich und systemgerecht auf die Landes- und Kommunalbeamten zu übertragen. Inzwischen hat die Mehrheit der Bundesländer diese Anpassung aber angekündigt. Bleibt Berlin somit wieder auf der Strecke?

„Kein Zeitspiel! Keine Ausreden!“

Für den BSBD Berlin ist klar, der Senat hat jetzt eine einmalige Chance, das Vertrauen zurückzugewinnen und Motivation zu steigern.

Passiert jetzt keine zeitnahe Besoldungsanpassung, leidet die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Berlin deutlich und die bereits begonnene Abwanderungswelle im Justizvollzug wird zum Dauerzustand. Zudem wird

die Zukunftsfähigkeit des Landesdienstes aufs Spiel gesetzt.

Der Senat setzt auf die Leidensfähigkeit der Beamtinnen und Beamten und hält nach Aussagen des Finanzsenators an seiner bisherigen Politik fest. Für den BSBD Berlin eine „Augen zu und durch“-Mentalität.

Daher fordert der BSBD Berlin auch ein klares Bekenntnis des Justizsenators Behrendt ein, sich für die zeit- und inhaltsgleiche Anpassung der Besoldung im Senat einzusetzen.

dbb im Gespräch

Der dbb berlin hat ein Spitzengespräch zur Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten angeregt.

Für ein Besoldungsgespräch mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nach Abschluss der Tarifrunde mit der TdL will sich der Regierende Bürgermeister Michael Müller einsetzen. Nach Vorstellung des dbb berlin, sollen neben dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller und den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen auch der Innensenator Andreas Geisel und der Finanzsenator Matthias Kollatz mit am Verhandlungstisch sitzen.

Der BSBD Berlin hofft darauf, dass spätestens zu diesem Gespräch ein Einsehen des Senats erfolgt. Es wäre eine einmalige Chance, die nicht vertan werden darf. ■

Einkommensrunde 2019 – kurz erläutert

Dürfen sich Beamtinnen und Beamte in ihrer Freizeit an Demonstrationen beteiligen?

Auf diese Frage gibt es ein ganz klares: JA!



Grafik: © kuzy – Fotolia.com

Aufgrund eines von der Senatsverwaltung für Finanzen erlassenen Rundschreibens, in dem auch auf eine Teilnahme von Beamtinnen und Beamten an Arbeitskampfmaßnahmen eingegangen wird, haben sich Kolleginnen und Kollegen verunsichert an ihre jeweilige dbb Fachgewerkschaften gewandt. Es geht um die Frage: Dür-

fen sich Beamtinnen und Beamte an Arbeitskampfmaßnahmen beteiligen? Beamte haben kein Arbeitskampfrecht und damit erst recht kein Streikrecht. Die Treuepflicht des Beamten gegenüber dem Arbeitgeber und dem Staat schließt den Streik aus (vgl. Art. 33 GG). Soweit, so klar! Aber: Trotzdem sollten und dürfen sich Beamtinnen

und Beamte an den Forderungen selbstverständlich in ihrer Freizeit (Pausen und Urlaub) bei Demonstrationen und Kundgebungen beteiligen und die Forderungen unterstützen.

Dies darf vom Dienstherrn auch **nicht verboten/verhindert werden**. Hier gilt das Grundrecht der Organisations- und Meinungsfreiheit! ■

Gewaltsame Übergriffe von Gefangenen

BSBD Berlin fordert Aufklärung und hartes Durchgreifen

Nach den gewaltsamen Übergriffen von Gefangenen – auch gegen Bedienstete der Justizvollzugsanstalt Heidering – am 7. Februar 2019 hat der BSBD Berlin harte Strafen für die Täter und ein Umdenken im Umgang mit lernunfähigen Inhaftierten gefordert. Außerdem verlangt der BSBD Berlin eine lückenlose Aufklärung des unerhörten Vorfalls.

Nach Medienberichten hatte die von Justizsenator **Dirk Behrendt** als „Zwischenfall“ herunterstilisierte Schlägerei in der JVA Heidering eher den Charakter einer Revolte. Ob die Tat möglicherweise einen islamistischen Hintergrund hat ist noch nicht geklärt.

Ein Mitinsasse war dabei von Häftlingen aus Lettland, Russland und Kasachstan beinahe zu Tode geprügelt worden und auch eingreifende Vollzugsbedienstete wurden attackiert. Die Oppositionsparteien hatten im Rechtsausschuss Aufklärung gefordert.

Für den BSBD Berlin ist auf jeden Fall klar: Um Sicherheit und Ordnung in den Berliner Justizvollzugsanstalten wiederherzustellen, reicht das Verlegen gewalttätiger Gefangener in eine ande-



Ausstattung die eigentlich nicht benötigt werden sollte.

re Anstalt allein nicht aus. Das gewalttätige Verhalten muss vielmehr deutliche Konsequenzen mit abschreckender Wirkung nach sich ziehen.

Zu niedrige Personaldecke

„Sollten Berichte zutreffen, wonach die Personalstärke in der Haftanstalt Heidering am Tag der Attacke nicht dem Soll entsprach, müssen unbedingt ernsthaftige Konsequenzen folgen“, ließ der Berliner BSBD-Chef **Thomas Goiny** wissen. Nach Berichten aus Fachkreisen waren am 7. Februar 2019 nur 16 Vollzugsbeamte/innen im Dienst.

Nach Einschätzung des BSBD Berlin ist ohnehin vor fünf Jahren für die Anstalt ein zu niedriger Personalbedarf berechnet worden. Ein Nachsteuern mit einigen zusätzlichen Stellen habe dann später

wenig Wirkung gezeigt. Auch die hohe Fluktuation bei den Beschäftigten, die u. a. auf die schlechte Bezahlung zurückzuführen ist, führe immer wieder zu Engpässen.

Die hausgemachten Probleme müssen dringend gelöst werden

Der BSBD Berlin fordert den Justizsenator auf, nicht über diese Tatsachen hinwegzusehen. Die Probleme seien „hausgemacht“ und müssten jetzt dringend gemeinsam gelöst werden. Über Gewaltvorgänge jeder Art in den Justizvollzugsanstalten, insbesondere wenn Beschäftigte in Mitleidenschaft gezogen werden, dürfe nicht hinweggesehen oder geschwiegen werden.

Aktuell kommt noch ein erheblicher Personalverlust von gut ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen in der JVA Heidering hinzu, die aufgrund der weiterhin schlechten Bezahlung im Berliner Justizvollzug in andere Bundesländer, wie z. B. Brandenburg oder zu Bundesbehörden, wie dem Zoll, abwandern.

Der BSBD Berlin erwartet von Justizsenator **Dirk Behrendt** eine offene und ehrliche Diskussion über die Personalstrukturen der nächsten Jahre im Justizvollzug. ■



Erschwerniszulagengesetz im Parlament

Anpassung und Systemumbruch nach 12 Jahren!

Nach zwei Jahren Beratung hat das Parlament die Vorlage zum Vollzugsdienstzulagengesetz in erster Lesung durchlaufen und nun in den Ausschüssen zur weiteren Beratung überwiesen.

Der genaue Zeitpunkt der Wirkungsentfaltung steht noch nicht fest. Der BSBD Berlin hofft, dass dies aber noch vor Ostern beschlossen wird. Die Änderungen des Zulagensystems werden für das laufende Haushaltgesetz 2018/2019 im Gesamtvolumen für den Polizei-, Feuerwehr- und Justizvollzugsdienst mit insgesamt 27 Millionen Euro Mehrausgaben veranschlagt.

Der BSBD Berlin begrüßt ausdrücklich die im Gesetzesentwurf rückwirkende Anwendung zum 1. Januar 2018,



Thomas Goiny, BSBD Landesvorsitzender: „Den strukturellen Umbau des Zulagenrechts begrüßt der BSBD Berlin ausdrücklich.“

merkt aber an, dass die Berechnung nicht einfach mal nebenher von den Praxisdienststellen geleistet werden kann. Somit ist noch nicht klar, wann die Auszahlung umgesetzt werden kann.

Die wichtigsten Punkte für den Justizvollzug im Detail:

- Der Entwurf hat die BSBD-Forderung, zur künftigen Dynamisierung der Erschwerniszulagen aufgegriffen (Anpassungsgrundsatz).
- Die fehlende Regelung für die allgemeine Stellenzulage für den Werkdienst im Justizvollzug und die Beschäftigten in die Besoldungsgruppe A 11 wird rückwirkend zum 1.1.2018 geregelt.
- Regelung zur Vermeidung von Nachteilen beim Übergang vom alten in das neue Zulagenrecht.
- Positive Neuberechnung der Schicht- und Wechseldienstzulage.



Das Erschwerniszulagengesetz wurde in die Ausschüsse zur weiteren Beratung verwiesen.

• Erhöhung der allgemeinen Justizvollzugszulage auf 133,75 € pro Monat. Die Stellenzulagen werden mit diesem Gesetzesentwurf erstmals seit 12 Jahren angehoben. Den strukturellen Umbau des Zulagenrechts begrüßt der BSBD Berlin daher ausdrücklich.

Die Schaffung eines Berliner Besoldungsgesetzes befindet sich in der ersten Abstimmungsphase. Eine erneute Zulagenerhöhung in 24 Monaten scheint geplant und soll zukünftig dynamisiert an die Besoldung angepasst werden. Allerdings bleibt die Justizvollzugszulage weiterhin nicht ruhegehaltstfähig. Auch eine Anpassung der

Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) wurde nicht im Gesetz geregelt und sollte deswegen als besondere soziale Belastung ebenfalls angepasst werden.

Der BSBD Berlin hat hier unbedingt eine Verbesserung gefordert. Der dbb berlin hat daraufhin noch einmal die Fraktionsvorsitzenden und alle Mitglieder des Abgeordnetenhauses im Hauptausschuss angeschrieben und auf die Besonderheit der DuZ hingewiesen und ebenfalls eine dynamisierte Anpassung gefordert.

**Nähe ist unsere Stärke –
Wir bleiben am Ball**

Jetzt Mitglied im BSBD Berlin werden

Mitgliedsanträge zum Download: www.bsbd-berlin.de

Foto: BSBD Berlin

Tarifbeschäftigte im Justizvollzug

Verstärkung wird dringend benötigt

Der BSBD begrüßt die Einstellung von „Quereinsteigern“

Nach den gelungenen Fluchten von Inhaftierten aus der JVA Plötzensee und der JVA Tegel Anfang 2018 hatte Justizsenator Behrendt eine alte Forderung des BSBD Berlin aufgegriffen und kurzfristig zusätzlich 50 Tarifbeschäftigte eingestellt.

Nach einiger Verwirrung über die Qualifizierung und den Einsatz dieser Tarifkolleginnen und Kollegen in den Vollzugsanstalten wurden jetzt die ersten in die Ausbildungslehrgänge überführt und haben dadurch bewiesen, dass auch dieser Weg in den Justizvollzug sinnvoll ist. Der Ausbildung eines kompletten Lehrgangs aus diesen Einstellungen hat der Gesamtpersonalrat nun zugestimmt. Der BSBD Berlin sieht sich darin bestätigt, dass es möglich ist, über diese Option zusätzlich gute Beschäftigte einzustellen, die ihre weitere Qualifizierung über die Ausbildung erhalten. Die Einstellung über sogenannte Quereinsteiger ist zudem Beschlusslage

des Senats und auch politisch gewollt. Daher begrüßt der BSBD Berlin die Zusage des Justizsenators weiterhin die Chancen neues Personal zu gewinnen, zu nutzen.

Diese Möglichkeit ist übrigens in Berlin nicht neu, sondern wurde auch in den letzten Jahrzehnten immer wieder genutzt. Bei einer weiterhin rückläufigen Zahl an Bewerber/innen in 2018 für die Tätigkeiten im allgemeinen Justizvollzugsdienst hält der BSBD Berlin an seiner Forderung, über diesen Weg weiterhin zusätzliche Mitarbeiter/innen zu gewinnen, fest.

Allerdings muss hier auch noch einmal über die Eingruppierung gesprochen werden. Der BSBD Berlin wird sich weiterhin für die Tarifbeschäftigten einsetzen. Das gilt auch für die Beschäftigten, die jetzt z. B. aus Altersgründen nicht in die Lehrgänge aufgenommen werden dürfen. Auch hier ist die Weiterbeschäftigung aufgrund der Personalsituation dringend geboten. ■



Durchgang verboten !

Auch der BSBD Berlin dankt für die Zusammenarbeit

Peter Liebheit verabschiedet sich in den Ruhestand

Nach 35 Jahren hat Peter Liebheit den Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz altersbedingt verlassen.

Zwei Wochen, nachdem Peter Liebheit aus Altersgründen den Vorsitz der DJG Berlin abgegeben hat, verabschiedete

er sich am 30. Januar 2019 in den Ruhestand. Über einen Zeitraum von 35 Jahren, davon 31 Jahre als stellvertretender Vorsitzender, hat sich Peter Liebheit im Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz für die Kolleginnen und Kollegen eingesetzt.

Neben dbb Landeschef Frank Becker, der Peter Liebheit im Namen des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) für sein Engagement im Gesamtpersonalrat und in den Gremien des dbb berlin dankte, sprach auch der Vorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny seinen herzlichen Dank an Peter Liebheit für dessen geleistete Arbeit aus. „Wir haben gestritten, wir haben gekämpft und wir haben immer versucht, gemeinsam das Beste für die Beschäftigten herauszuholen. Das waren ereignisreiche Jahre, für die wir uns als BSBD Berlin bedanken und wünschen für die Zukunft in der wichtigsten Zeit des Lebens, das Allerbeste“, verabschiedet der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, den Kollegen Liebheit.

Peter Liebheit hat die DJG Berlin mit großem persönlichem Engagement und der Hilfe seiner Wegbegleiter/innen dorthin gebracht hat, wo sie heute steht – eine anerkannte und kompetente Fachgewerkschaft innerhalb der Justiz und des dbb berlin.

Die gute Zusammenarbeit mit der DJG Berlin wird auch durch den neuen Vorsitzenden Marcel Rose weiterhin fortbestehen. ■



Foto: © Bernd Raue

V.l.: Thomas Goiny (BSBD Berlin), Peter Liebheit und Frank Becker, Landesvorsitzender dbb berlin.